

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 24 (1910)

279 (29.11.1910)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-532866](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-532866)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich 75 Pfg. bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren.

Mit Sonntagsbeilage.

Interate werden die fünfspaltige Korpusgröße oder deren Raum für die Inserenten im Rührigen-Wilhelmshaven und Umgebung, sowie der Zeitungen mit 15 Pfg. für sonstige auswärtsige Inserenten mit 20 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Inserate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Peterstraße 20/22. — Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. Filiale in Peppens: Ulmenstraße 24. Fernsprecher 530.

24. Jahrgang.

Bant, Dienstag den 29. November 1910.

Nr. 279.

Der Bußgang nach Potsdam.

Am Sonnabend wurde im Reichstag über die bekante Kaiserrede interpelliert und debattiert (siehe Beilage). Es war ein „großer Tag“. Uns wird hierüber geschrieben:

Wer als politisch Interessierter das Treiben unserer bürgerlichen Parteien verfolgt, der wird gegen moralische Glendebilder leicht abgärtet. Was aber die konservativen Parteien und das Zentrum bei der Besprechung der sozialdemokratischen Kaiser-Interpellation im Reichstag an widerlicher Verlogenheit und eifer Speichelsterei geliefert haben, übersteigt das Maß des menschlich Erträglich. Vor zwei Jahren war es die konservative Partei, die gewiß nicht ohne gewissenhafte Überlegung, die hohenzollernischen, den Kaiser öffentlich zur Zurückhaltung von seiner rechnerischen Tätigkeit aufforderte. Das Zentrum schloß sich damals diesem Wunsche an. Erklärungen wurden abgegeben, die von jener Seite als Erfüllung ihrer Wünsche betrachtet wurden. Und heute, nach knapp zwei Jahren, soll das alles nicht mehr wahr sein! Was schwarz auf Weiß in den stenographischen Protokollen des Reichstags steht, lenkt man mit ehester Stirne ab. Es ist im November 1908 nichts verlangt und nichts gewünscht worden. Die Interpellation ist überflüssig, bloß dem Agitationsbedürfnis der Sozialdemokratie entsprungen, die hohenzollern sind eine ansehnliche Sammlung von Instrumenten des Himmels, und die Welt beneidet uns um unsern Kaiser.

Herr v. Bethmann-Hollweg war es, der den großen Bußgang nach Potsdam einleitete. Er war Wilhoms Kollege, als die großen Novemberdebatten des Jahres 1908 stattfanden, der die berühmte Unterredung im königlichen Schloß von Potsdam folgte. Herr v. Bethmann-Hollweg war es, der damals im Auftrag des Reichskanzlers den stimmführenden Mitgliedern des Bundesrats die entsprechenden Mitteilungen machte.

Was enthielten diese Mitteilungen? Ein kostbares Versprechen, für welches das ganze deutsche Volk Sr. Maj. dem Kaiser aus tiefstem Herzen dankbar sein muß — — — hiß es damals.

Es ist nichts erklärt, nichts versprochen, nichts mitgeteilt worden, heißt es jetzt. Dann muß aber das angebliche Ergebnis der historischen Unterredung vom 17. November 1908 ein grotesker Schwindel gewesen sein, der von der Regierung in Szene gesetzt wurde, um in den monarchisch gesinnten Kreisen der Bevölkerung Verwirrung zu erzeugen. Das ist damals auch gelungen, obgleich die Sozialdemokratie schon damals die weitere Entwicklung der Dinge bis ins Einzelnere voraussagte. Was wird aber jetzt aus der „Verhöhnung“, da die Seitenblase geplatzt ist?

Herr v. Heydebrand, der vor zwei Jahren in der sachlichen Beurteilung der Regierungstätigkeit Wilhelms II. von der Sozialdemokratie gar nicht so weit entfernt schien, überloß von byzantinischen Beurteilungen und forderte, jeder Zoll ein Diktator, von dem Reichskanzler neue Ausnahmen gelte gegen den Umsturz.

Der Reichskanzler, obwohl v. Heydebrand direkt zur Antwort aufgefordert, brachte nicht den Mut auf, Ja oder Nein zu sagen. Er schwieg und machte sein demütigstes Bedientengesicht.

Herr Liebermann v. Sonnenberg, der einzige Redner vor zwei Jahren, der mit seiner ähnden Kritik der wilhelminischen Regierungstätigkeit die Grenzen des parlamentarisch Zulässigen streifte, verlas eine lakonische Erklärung.

Und Herr v. Hertling, der Zentrumsführer! Der Mann betrie vor stiller Entrüstung gegen die Sozialdemokratie, die es wagte, zur Sicherung gegen absolutistische Übergriffe verfassungsmäßige Garantien zu fordern. Jeden Augenblick schloß es, als wollte der wadere bayerische Reichspräsident natürliche Triänen weinen, ob des Unfalls, das Umsturzrecht dem erhabenen Hohenzollernfürsten zugesagt hatte. . . .

Vor zwei Jahren sind Wilhelm II. im Reichstag Aufzichtigkeiten gesagt worden. Von Herrn v. Liebermann sogar Grobheiten. Und doch ist Wilhelm II. vor zwei Jahren im Reichstag tausendmal besser behandelt worden als diesmal. Jene Aufzichtigkeiten oder Grobheiten waren in keiner Weise beleidigend. Beleidigend aber ist die verlogene Komödie, die vom Reichstag um seine Person herum aufgeführt worden ist, weil die Zumutung beleidigend ist, die in ihr liegt.

Damals sprachen die bürgerlichen Abgeordneten zu ihm in der Hoffnung, von ihm verstanden zu werden. Diesmal sprachen sie zu ihm in der Hoffnung, er würde nicht merken, was ein Blinder mit dem Stöcke fühlt — die unfaulere Absicht, die dieser Reueberzeugung zum parlamentarischen Kammerdienstum zugrunde liegt. In keiner offenen Majestätsbeleidigung könnte soviel Mißachtung liegen, wie in dieser plumpen Schmeichelei.

Das Ihamolfe Treiben des schwarzblauen Byzantiner-

bloß hat aber zugleich doch den großen Vorteil, aller Welt gezeigt zu haben, wie die Fehler der Monarchen künstlich gezeichnet werden. Wir Sozialdemokraten haben niemals die Ungerechtigkeit begangen, eine einzelne Person für das Elend der deutschen Volkst verantwortlich zu machen. Schuld trägt vor allem das halbabsolutistische System, das die Heuchler, Schmeichler und Spießler, dieses ganze widerwärtige Hofgezinde, großhiet und zum eigentlichen Herrn des Reiches macht. Am Sonnabend hat sich diese Gesellschaft im Reichstag vor versammeltem Volke demaskiert. Das ist der große Erfolg dieses Tages, man weiß jetzt wenigstens genau, woran man ist.

Früher lag die Karamilla auf Schloß Wiedenberg. Jetzt spielt sie Wehrheit im deutschen Reichstag!

Politische Rundschau.

Bant, 29. November.

Entgegenkommen des Thrones.

Am Tage nach der Interpellation über die Königsberger Kaiserrede veröffentlicht die „Nordd. Allg. Zeitung“ auf der ersten Seite und in heroorragendem Druck einen durch seine sorgfältigste Denkwelie interessanten und überaus edlen kaiserlichen Erlaß, den sie selber mit Recht als ein weitgehendes „Entgegenkommen des Thrones“ bezeichnet. Der Erlaß hat den folgenden Wortlaut:

Wenn wir die gegenwärtigen Zeitverhältnisse betrachten, so finden wir, daß sich in kurzer Zeit vieles geändert hat, und die

dringende Gefahr

mit jedem Tage zunimmt. Es gibt dafür kein anderes Mittel als

die Verfassung zu beschleunigen.

Nachdem nun heute die Bitte der Volksvertreter einem aufrichtigen Wunsche entspringt, und nachdem die Wehrheit der hohen und niederen Beamten in und außerhalb der Hauptstadt ist

für einen raschen Fortschritt

ausgesprochen haben, der Volksgestalt sich regt, und überall nun eine Stimme ertönt, so ist es natürlich, daß das Volk für die Wähligen, die es zu erfüllen hat, auch eine bestimmte Handhabe bekommt. Deshalb fähren wir uns bewegen, der Bitte von Beamten und Volk Gehör zu schenken und auf die Reigungen und Wünsche des Landes Rücksicht zu nehmen.

Dieser von 18 Mitgliedern des Reichsrats gegengezeichnete Erlaß trägt das Datum des 4. Novembers 1910 und ist gegeben im kaiserlichen Palast zu — — Peking. Er trägt die eigenhändige Unterschrift des Prinzregenten Tschun, der vor zehn Jahren als chinesischer „Sühneprinz“ in Berlin weilte. Später sandte dieser Prinzregent eine Verfassungstudienkommission nach Europa, deren Präsident, einem Auftrager des Berl. Votallanzeiger erklärte, daß das preußische Dreiklassenwahlrecht für China nicht in Betracht komme. Denn dieses, sagte der Präsident der chinesischen Studienkommission, sei zu veraltet. Jetzt wird durch den oben abgedruckten Erlaß eine energische Beschleunigung der Verfassungsarbeiten angefündigt, und spätestens in drei Jahren soll in die Reihe der konstitutionellen Staaten ein neues Glied eintreten.

China!

Die neue Militärvorlage.

Die Regierung hat den Berliner Votallanzeiger ausseroren, den Inhalt der neuen Militärvorlage der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Das Blatt schreibt in seiner Nr. 601 vom 26. November 1910:

„Der Geheimeaufwurf über die Friedenspräsenzstärke wird in der vom Bundesrat festgestellten Fassung, wie wir hören, die durchschnittliche Jahresstärke des deutschen Heeres vom April des nächsten Jahres an betragt steigern, daß sie im Jahre 1915 die Zahl von 513321 Gemeinen, Gefeierten und Obergefeierten erreicht. Auf dieser Höhe bleibt die Truppenzahl bis zum Ablauf des neuen Quinquennats, also bis zum 1. April 1916, bestehen.“

Infolge der Steigerung der Friedenspräsenz greift auch eine Vermehrung der Zahl der Formationseinheiten, so daß nach völliger Ausbildung der in Aussicht genommenen neuen Organisationen bestehen sollen: bei der Infanterie 634 Bataillone, bei der Kavallerie 510 Eskadrons, bei der Feldartillerie 592 und Fußartillerie 49 Bataillone, Pioniere 29, Verkehrstruppen 17 und Train 23 Bataillone. Die veranschlagten Wehrkosten infolge der Organisationsänderungen sollen nach unseren Informationen auf

21,8 Millionen fortbauende und 82,4 Millionen einmalige Ausgabe sich stellen. Bekanntlich sind im Reichsetat für 1911 als fortbauende Aufwendungen nur 3,7 Millionen und einmalig 4,2 Millionen angefordert, so daß für die folgenden Jahre 1912—1917 noch 18,1 Millionen fortbauende und 78,2 Millionen einmalig zu beschaffen sein würden.

Für das Jahr 1911 wird, wie in den Mitteilungen über den Reichshaushaltsetat angegeben, zunächst die Verstärkung der Infanterie durch Beschaffung von 107 Maschinengewehrkompanien in Angriff genommen. Bei dieser Gelegenheit sollen fünf schon bestehende Maschinengewehrabteilungen in Maschinengewehrkompanien umgewandelt werden. Im allgemeinen soll die Ausstattung eines Regiments jeder Infanterieabteilung mit einer Maschinengewehrkompanie erreicht werden. Bei der Infanterie wird vor allem die Ausfüllung der Lücken im schließlichen Kontingent durch Bildung eines Bataillons erfolgen. Für Preußen wird die Erhöhung des Etats der Bataillone zweier Infanterie-Regimenter als dringlich erachtet. Bei der Feldartillerie werden in Preußen zwei neue Regimenter gebildet werden, in Bayern sechs neue Batterien formiert werden. Weiter wird für eine Anzahl Batterien, die jetzt noch auf dem niederen und mittleren Etat stehen, der mittlere oder hohe Etat durchgeführt werden. Die Vermehrung der Adress der Fußartillerie wird ebenso wie die Verstärkung ihrer Spannungsabteilung angestrebt. Eine Verstärkung ist auch dem Train zugebach. Bei den Muffiken kann eine Verringerung der Mannschaften um rund 1000 Köpfe in Aussicht gestellt werden, während andererseits den Bezirkskommandos bei der beantragten Erhöhung der Friedenspräsenz um insgesamt 10875 Mann vermehrte Kräfte zuzuwenden sein werden, da das Anwachsen der Bevölkerung und des Beurlaubtenstandes eine solche Verstärkung bedingen. Zwei Luftschiffbataillone, davon eins mit Ausüstung einer Luftschiffwerft, ein Kraftfahrbataillon sind unter Anrechnung der bestehenden Versuchsanstalten aufzubringen; neu werden ein selbständiges Eisenbahnbataillon und ein Telegraphenbataillon nebst Spannungsabteilung gebildet.“

Im Etat sind für die neue Militärvorlage bekanntlich nur 7,9 Millionen Mark als Neuforderung verzeichnet; das Blatt des Herrn Schell nennt eine Mehrausgabe von 20 Millionen jährlich. Damit diese Ausgabe gedeckt werden kann, wird die arbeitende Bevölkerung den Schmachtriemen von neuem enger ziehen müssen.

Der besitzende Pöbel randalisiert.

Zu wüsten Standalitionen kam es am Sonnabend in einer Zirkusversammlung, die der Hausbesitzerverband zum Protest gegen die Reichswertzuwachssteuer nach Berlin einberufen hatte. Da aus zehn der größten Städte Deutschlands Entzogene abgelaufen worden waren, die Tausende von Vergnügungssüßlingen nach dem Babel an der Spree gebracht hatten, war der Zirkus Schumann völlig überfüllt. Der Regierungsetat Cuno, der die Versammlung im Auftrag des Reichshauptamts begründete, verurteilte den Regierungsentwurf zu verteidigen, wurde aber durch minutenlanges Geulen, Brüllen und Toben immer wieder unterbrochen. Hohngelächter beantwortete seinen Hinweis, daß die Erträge der Steuer zum Teil zu Zinsen der Veteranenfürsorge verwendet werden sollten. Als er davon sprach, daß kein Stand mehr mit den Geschädigten des Vaterlandes verknüpft sei als der Hausbesitzerstand, entließ sich der Patriotismus der animierten Versammlung in dem gößlichen Jurof: „Leider!“ Vergebens veruchte dann der Vorsitzende, dem Regierungsvortreter Gehör zu verschaffen, indem er mitteilte, der Herr Regierungsetat habe versprochen, sich kurz zu fassen (!) und auf die Sache nicht mehr einzugehen. (!!) Immer wieder erfolgten neue Unterbrechungen, die Stimme des Redners verhallte im Lärm und schließlich sah er sich genötigt, inmitten eines allgemeinen Tobenwahns die Tribüne zu verlassen.

Später, als die Abendstunde nahte und in der nahen Friedrichstraße die Bogenlampen aufflammten, entstand unter den verammelten Ordnungshütern wieder so große Ungebuld und Unruhe, daß die Referenten selbst, die Herren Justizrat Wertrum und Prof. Voigt-Franfurt a. M., durch fortwährende Rufe: „Schluß! Schluß! Rürger!“ unterbrochen wurden. Als Herr Voigt die Dreifigkeit auftrachte, von den Vorgängen von Wohlit und dem Webding zu sprechen, an denen diejenigen die Schuld tragen, die dem Volke unerfüllbare Versprechungen machten, gewann er sich jedoch wieder die Gunst der Versammlung. In einem Dreiminuten-Speech — dem man hatte es eilig — feierte der Berliner Vereinsvorsitzende Parowski die Hausbesitzer als die höchsten Stützen des Staates und der Monarchie. Die Hausgarter sind die gelehrigen Schüler der feu-

kalen Großgrundbesitzer, die in jener denkwürdigen Ver- klammerung der Steuer- und Wirtschaftsreformer den Ge- heimrat Adolf Wagner niederbrannten, weil er die Erbschafts- steuer zu verteidigen mochte. Man vergleiche mit diesem willigen Treiben patriotischer Eigentümern das widerliche Ver- halten der Arbeitervereinsammlungen, und man wird wissen, wo die Zukunft der deutschen Kultur ist!

Die Moabitler vor Gericht.

Zu Beginn der Sonnabend-Sitzung stellt Rechtsanwalt Ulrich noch einmal den Antrag, seinen Klienten Schulz aus der Haft zu entlassen, da seine Eltern sich bereit erklärt haben, ihn aufzunehmen. Die anderen Anwälte betonen, daß diese Eltern Momente, die früher für die Haftentlassung auch andere Angeklagter sprachen, auch heute noch vorliegen. Beschluß wird später gefaßt werden.

Hierauf ergahnt Polizeimajor Klein noch seine Aus- sagen, er will nicht den Verdacht aufkommen lassen, als ob Verpflegungskosten für Polizeimannschaften von der Firma Kupfer u. Co. geleistet seien. Die Polizei habe diese Kosten mit 1082,15 M. bezahlt. Rechtsanwalt Cohn erklärt dem- gegenüber, er werde beweisen, daß außer der von der Be- hörde bezahlten Verpflegung den Schulzeuten von der Firma nach verschiedenes Andere gereicht worden sei, vor allem auch Schnaps.

Hierauf wird der Zeuge Berthold vom Staats- anwalt Stenzler noch einmal nach seinem Gespräch mit dem Pastor Schwedel gefragt. Er soll betonen, was Pastor Schwedel über den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Vorgänge gesagt hat. Rechtsanwalt Rosenfeld widerspricht dieser Frage. Mindestens müßte dann doch der Pastor Schwedel selbst geladen werden, damit der Zeuge Berthold in seiner Gegenwart ausfage.

Nach der Vernehmung der hier genannten Zeugen gibt Rechtsanwalt Heine folgende Erklärung ab: Der Polizei- präsident hat durch eine vom 22. Dezember datierte Ver- fügung es abgelehnt, den von uns als Zeugen benannten Beamten die Berechnung zur Ausfage zu erteilen, weil nicht angegeben war, über welche Fragen die Beamten ver- nommen werden sollten. Wir haben diese Fragen spezialisiert und in folgendem Antrage, den ich dem Gerichtshof über- reichte, niedergelegt: Die Herren Oberregierungsrat Hoppe, Polizeimajor Klein, Polizeirat Dr. Henning und Kommissar Rubin sollen befragt werden, wieviel und welche Beamten der Schutzmannschaft, der Kriminalpolizei, der politischen und der Sittenpolizei in den kritischen Tagen in Moabit tätig waren, und in welchen Verkleidungen. Ferner welche Beamten, Agenten und andere Personen der Polizei Dienste geleistet haben. Weiter, wieviel Beamte sich gegen- seitlich durch Schläge verletzt haben, und ob es richtig ist, daß ein Beamter der politischen Polizei, der als Arbeiter verkleidet war, schwer zu Schaden gekommen ist. Der Polizei- präsident hat uns den Rat gegeben, wie sollten die ver- schiedenen Redakteure als Zeugen laden lassen darüber, was sie von der Polizei für Informationen erhalten haben. Wir lehnen es ab, vom Polizeipräsidenten Rückschlüsse in Empfang zu nehmen, wir wissen selbst, was wir zu tun haben. Die von uns veranlaßten Zeugenvernehmungen entbinden den Polizeipräsidenten nicht von der Verpflichtung, seinen Be- amten die Ermächtigung zur Ausfage zwecks Ermittlung der objektiven Wahrheit zu erteilen.

Das Gericht lehnte die Frage vorläufig ab. Einige weitere Zeugen, die über den Vorfall mit den englischen Journalisten vernommen werden, wissen etwas wesentliches nicht zu bekunden. Es wird dann der Zeuge, Kaufmann Heimann vernommen, der u. a. bekundet, daß ein von einer Zivilperson gefolgelter Herr sich an einen Polizeileutnant mit der Bitte wandte, den Schläger doch festzusetzen. Der Polizeileutnant lehnte das ab. Der Zeuge hat den Schläger demnach für einen Kriminalbeamten gehalten. Welcher Polizeileutnant diese Feststellung abgelehnt hat, läßt sich vor der Hand noch nicht ermitteln.

Die Ausfagen der weiter vernommenen Zeugen brachten fast durchweg ein ungeheures Belastungsmaterial gegen die Polizei. Es hat eine Zeugin gesehen, daß ein Schutzmann hinter auf der Straße mit dem Fuß getreten, und daß ein Polizeileutnant einen alten Mann, der Kohlen auf der Straße aufsammlte, blutig eingeschlagen hat. Der Mann wollte mit den Kohlen nicht etwas werfen, sondern wollte sie zu Hause zur Feuerung benutzen. Passanten, die sich umgesehen haben, sind gleichfalls von der Polizei mißhandelt worden. Die Staatsanwaltschaft stellt der vorhin erwähnten Zeugin die Polizeioffiziere gegenüber, die Zeugin erklärt aber, daß es sich nicht um diese Polizeioffiziere handelt, sondern um ganz andere, die sie namhaft macht.

Auch der Zeuge Walter Schwedel soll nochmals ge- laden werden, um in Gegenwart des Zeugen Berthold sich darüber zu äußern, ob er der Sozialdemokratie die Schuld an den Unruhen beigemessen hat. Vor Gericht hat er be- tonntlich das Gegenteil gesagt.

Ein Gastwirt aus Moabit gibt eine wahrhaft er- greifende Schilderung davon, wie die Polizei in sein Lokal eingedrungen ist, ihn mit dem Revolver bedroht und bindungs- los mit dem Säbel auf Lische und Stühle eingeschlagen hat. Dabei waren in seinem Lokal Gäste überhaupt nicht zugegen. Der Zeuge kann sich nicht erklären, was die Schulleute bei ihm wollten. Er hat sich auch beim Polizei- präsidenten beschwert, aber keine Antwort erhalten.

Der nächste Zeuge ist ein 16jähriger Kaufmannsohn, er sagt aus, er hatte in Moabit einen geschäftlichen Auf- trag auszuführen, geriet in die Reihen der Schulleute und hat diese um Schuh. Statt dessen wurde er von 4 Be- amten mit Säbelhieben attackiert, bis er blutig zu Boden fiel; er mußte längere Zeit im Krankenhaus behandelt werden.

Wichtig tritt der Polizeileutnant Götz hervor und sagt, der junge Mensch, von dem er bei seiner Vernehmung ausgesagt hat, daß er als Ordemann auf der Straße mit einem Rabe hin- und hergefahren sei, sei jetzt ermittelt. Unter allgemeinem Staunen erzählt er, der betreffende habe

das auf Anweisung der Parteileitung getan. Er sei jeden Morgen nach Moabit gefahren, um die Aufträge der Partei auszuführen, und habe sich, als ihm das über war, auf Anraten seiner Mutter krank gemeldet. Darauf seien Ab- geordnete der Partei in seine Wohnung gekommen, um sich zu überzeugen, daß er wirklich krank ist. Er sei jetzt wegen Landesfriedensbruch angefaßt.

Rechtsanwalt Rosenfeld erwidert, daß es sich um einen Menschen handelt, der mit dem Streik bei Kupfer & Co. gar nichts zu tun habe. Er war vielmehr am Streik der Radfahrer der Deutschen Apothekergesellschaft beteiligt. Er ist auch nicht wegen Landesfriedensbruch, sondern wegen Ver- gehen gegen § 153 angefaßt. Der Zeuge soll geladen werden.

Hierauf erklärt Rechtsanwalt Heine, daß der Mann mit dem Spitzbart, der nach Angaben des Zeugen Berthold der Masse Winkle gegeben hat, gefunden sei. Es ist der Berichterstatter Unger vom Vorwärts. Dieser Zeuge wird dem Zeugen Berthold gegenübergestellt, aber Berthold er- klärt, daß er ihn nicht kenne, und daß das auch nicht der rätselhafteste Mann sei. In seiner Vernehmung gibt Unger eine Reihe von Polizeibrutalitäten an, die er beobachtet hat. Unter anderem soll ein Kriminalbeamter auf ruhig stehende Leute in Gegenwart von uniformierten Schulleuten und eines Polizeioffiziers mit einem Gummihäppel eingeschlagen haben.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Lieber, will damit die Beweisnahme für den allgemeinen Teil schließen. Die Verteidigung widerspricht dem im Interesse der Angeklagten, die den Beweis erbringen wollen, daß von einem Auftrug gar keine Rede sein kann, sondern daß es sich nur um eine berechtigete Notwehr gegen ungeseliche Maßnahmen der Polizei handle.

Das Gericht beschloß trotzdem, die allgemeine Beweis- aufnahme vorläufig abzubrechen und Montag in die Beweis- aufnahme der einzelnen Fälle einzutreten.

Deutsches Reich.

Zum Kampf um das Tempelhofer Feld. Dem Etat, der am Montag dem Reichstag zugehen soll, ist eine Denkschrift des Kriegsministers über dem Verkauf des Tempel- hofes beiliegend, in der der Kriegsminister schwere Klagen über die Dummelei der Berliner Stadterverwalter erhebt. Nach der Darstellung des Kriegsministers hat die Stadt Berlin die ihr angebotene Eingemeindung des Tempel- hofes zweimal abgelehnt, das erstmalig zwischen 1890 und 1900, zum zweiten Male 1901. Als das Kriegs- ministerium 1907 die Veräußerung des westlichen Teiles des Tempelhofer Feldes in Aussicht nahm, setzte es zuerst im August 1907 die Stadt Berlin in Kenntnis. Berlin tat jedoch 1 1/4 Jahr lang nichts Entscheidendes. Oberbürger- meister Dr. Richter sagte einem Vertreter des Kriegs- ministeriums: Im Interesse von Berlin läge wohl die Ein- gemeindung von ganz Tempelhof, nicht aber dazwischenliegenden. Auf einen Anlauf des Tempelhoferfeldes würde sich Berlin aber auch nach der Eingemeindung ebenfalls nicht einlassen, weil die Stadt zu schlechte Erfahrungen mit dem Scheunenviertel gemacht habe. — Tempelhof erklärte, daß es das ganze Gelände selbst antaufen wolle. Die Stadt Berlin machte jedoch genauere Vorschläge nicht, sondern erbat und erhielt die Zusage, daß ihr Mittelung gemacht werden würde, sobald der Wunsch der Verkaufsvorhandlungen mit anderen Interessenten bevorsteht. Dieser Zeitpunkt war Anfang April 1910 gekommen. Berlin wurde benachrichtigt und für den Fall der Kaufabsicht um Einreichung eines Angebots bis zum 25. April ersucht. Darauf hat Berlin wiederholt um Aufschub, weil der Stadtschreiber beurlaubt sei, weil noch Vorfragen zu klären wären und eine Kommission ein- gesetzt werden müßte. Erst am 11. Juni 1910 erfolgte ein Angebot von rund 70 Millionen Mark. Da inzwischen aber bereits von Tempelhof ein Angebot von rund 74 Millionen eingegangen war, so wurde Berlin um Erhöhung seines An- gebotes und um baldigen Abschluß ersucht. Darauf er- widerte Berlin am 27. Juni 1910, daß es aus verschiedenen Gründen, sowie namentlich mit Rücksicht auf den Geschäfts- gang bei den kommunalen Körperchaften, dessen wenigstens oberflächliche Kenntnis es wohl auch beim Kriegsministerium voraussetzen dürfe, gänzlich außerstande sei, eine Erklärung vor Beginn der Urteils- und Ferienzeit abzugeben; da letztere unmittelbar bevorstehe, würde es erst nach deren Ablauf ein anderweitiges Angebot machen können.

Inzwischen drängte Tempelhof wiederholt auf Abschluß des Vertrages, und Anfang Juli trat eine Privatgesellschaft wegen der Verzögerung der Verhandlungen von ihrem An- gebot zurück. Die Stadt Berlin war vom Kriegsministerium am 30. Juni 1910 ersucht worden, hierüber baldigst einen Termin vorzuschlagen, bis zu dem ihr Angebot vorliegen müßte, wenn sie nicht beim Verkauf außer Betracht bleiben sollte. Während nunmehr das Kriegsministerium die Ver- handlungen mit Tempelhof im Interesse der Stadt Berlin verlangsamte, war diese trotz wiederholter dringender Mah- nungen des Kriegsministeriums selbst Ende August 1910 noch nicht in der Lage, einen Termin für ihre endgültige Entscheidung zu bezeichnen, sondern sie hat lediglich um weiteren Aufschub. Unter diesen Umständen blieb dem Kriegsministerium nichts anderes übrig, als mit Tempelhof abzuschließen.

Schwerliche Austerstimmung. Wie sehr sich die Polizei durch das Ergebnis der bisherigen Zeugenausfagen im Moabitler Prozeß bedrängt fühlt, zeigt eine „Bekannt- machung“, die Herr von Jagow in Berliner Blättern er- läßt. Sie lautet:

Moabitler Strafprozeß. Zur Feststellung des tatsächlichen Sachverhaltes ist erwünscht, daß Personen, welche den Strafnummern und beteiligt gewesen haben, sich auf dem Polizei- präsidium, Zimmer 177, oder auf dem ihnen nächsten Polizeirevier melden.

Der Polizeipräsident. v. Jagow.

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt zu dieser Aufforde-

rung: „Die Geschäfte in Moabit gehen schief. Wohl- geminte werden um freundliche Untersuchung ersucht.“ Was die offizielle „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat den Auftrag erhalten, angefaßt der Niedertage, die das pres- sische System bis jetzt schon erlitten hat, zu retten, was zu retten ist.

Belgien.

Richterstreik. In der belgischen Stadt Mons sind die Richter des Ortes in den Zustand getreten. Sie waren unzufrieden darüber, daß sie jeden Tag Sitzung abhalten mußten und heute in Zivilkleidern, morgen in Strafröcken zu urteilen hatten. Diese Last der Arbeit erschien ihnen über- mäßig und sie verlangten vom Justizminister, daß er eine besondere Hilfskammer konstituiere. Ihr Ersuchen wurde aber abgelehnt. Freitag früh sollte in Mons gerade eine Schwurgerichtssitzung stattfinden. Es fand sich aber ein Richterstreik nur der Präsident ein. Alle Richter hatten ein Schreiben eingereicht, daß sie ihre Tätigkeit nicht eher wieder aufnehmen würden, als bis eine Neuregelung des Dienstes eingetreten wäre.

Frankreich.

Meltausstellung 1920. In der Ministerratssitzung vom 26. November teilte der Handelsminister mit, daß die Gruppe des Senats für Industrie und Handel ihn um Veranstaltung einer Weltausstellung in Paris 1920 ersucht habe. Der Ministerrat beschloß, bevor er endgültig entscheide, mit allen in Frage kommenden Faktoren in enge Fühlung zu treten.

Ein furchtbares Urteil in einem Streikprozeß. In Rouen wurde am Freitag vor dem Schwurgericht gegen sieben Arbeiter verhandelt, die angefaßt waren, gelegentlich des Ratarbeiterausstandes in Havre im September dieses Jahres den Führer einer Kolonne von Arbeitswilligen in- geschlagen zu haben. Von den Angefaßten wurde einer zum Tode, einer zu fünfzehn und zwei andere zu acht Jahren Zwangsarbeit, letztere drei außerdem zur Zahlung einer Entschädigung von zwanzigtausend Franken, verurteilt; die drei anderen wurden freigesprochen. Für den zum Tode Verurteilten beschloß das Gericht, ein Gnabengesuch einzu- reichen.

Das Urteil hat bei den Syndikaten große Erregung hervorgerufen. Die Vereinigung der Syndikate des Seine- Departements und der Allgemeinen Arbeiterverbände beab- sichtigt, in der nächsten Zeit eine allgemeine Protestver- sammlung einzuberufen. Der Temps billigt den Wahrspruch rückhaltlos.

Dänemark.

Tollloos-Ehrung. Die Radettenpartei brachte in der Reichsbürgerversammlung ein betr. Anfaß des Gutes Jasnaja Poljana mit dem Großfürst Tolstois sowie des Sterbedaukes in Wlissowo durch den Staat und Eröffnung einer nationalen Sammlung für ein in Wlissowo zu er- richtendes Tolstoidenmal, wozu der Staat einen Zuschuß von 100000 Rubel leisten soll. Die Arbeitsgruppe bean- tragte gleichfalls eine Ehrung Tolstois, die unter anderem im Anfaß seiner Werke durch den Staat und in der Grün- dung einer Volksumbibliothek bestehen soll.

England.

Wählreden der Parteiführer. Der Premierminister Asquith hielt am Freitag eine Rede in Hull. „In drei Tagen“, führte er aus, „werden wir uns mitten in einem der denkwürdigsten Kämpfe der britischen Geschichte be- finden. Unsere Partei ist guten Muts. Es ist weder eine Spaltung noch eine Rivalität in ihr vorhanden. Überall herrscht Einigkeit, Disziplin, Loyalität und Vertrauen. Das Oberhaus ist, wie es jetzt ist, ein veralteter, gerodeter Bau, der vom Fundament bis zum Dach neu aufgebaut werden muß. Nicht die Liberalen sind es, sondern Robbery und seine Verbündeten, die dem Oberhaus das Todesurteil gesprochen haben. Wir haben uns nach reiflicher Über- legung mit Recht gewehrt, noch weiterhin Sand zu schütten, seit wir wissen, daß die Lords unter Gefährdung ihrer Ehre in allen Fragen von großer Wichtigkeit die Macht, die sie schon jetzt für sich in Anspruch nehmen. Der Plan der Liberalen läuft nicht auf eine Regierung durch eine einzelne Kammer hinaus.“

Italienien.

Waffenverhaftungen. In den Ustüber Gefängnissen befinden sich jetzt 1000 Inhaftierte, von denen 800 als politische Verbrecher interniert wurden. Unter ihnen be- finden sich 60 serbische und bulgarische Geistliche und Lehrer. Die Verhafteten werden nach Wien deportiert werden.

Brasilien.

In den Meutereien der Kriegsschiffbesatzungen wird noch gemeldet: Die Debatte über die Amnestiefrage in der Kammer, die Freitag mittag wieder aufgenommen wurde, verlief sehr hitzig; es kam sogar zwischen einzelnen Ab- geordneten zu Tätlichkeiten. Die meutenden Schiffe, die eine Zeitlang an der Barte auf das Signal zum Einlaufen im Falle der Annahme des Amnestietrages gewartet hatten, gingen unterdessen in See.

Am Sonnabend abend ergaben sich alle Kriegsschiffe, deren Mannschaften gemutert hatten. Zwei von der Regierung bestimmte Offiziere übernahmen das Kommando. Es herrscht nunmehr vollständige Ruhe.

Gewerkschaftliches.

Die Ausperrung in der Schuhindustrie in Virmans tritt nicht in Kraft. Die Arbeiterorganisationen und der Fabrikantenverein haben die Vereinbarungen ihrer Vertreter einstimmig angenommen.

Noch nie zuvor und nirgends wo

in Wilhelmshaven und Umgegend

wurde ein so grosses und vornehm erstklassiges Sepialitäten-Programm geboten als in der „Burg“ vom 1. bis 15. Dezember.

Bildungsausschuss Barel.

Freitag den 16. Dezbr., abends 8 Uhr
im Hotel Schütting zu Barel:

Lichtbilder-Vortrag

über Entstehen und Vergehen unseres Weltsystems.

Vortragender: Herr Pastor Gelden, Bremen.

Raffensöffnung 7 Uhr. Punkt 8 Uhr werden die Saalküren geschlossen. — Entree im Vorverkauf 30 g, an der Kasse 40 Pf. Rauchen verboten. Um regen Besuch bittet

Der Bildungsausschuss.

- Seife 1 Pfd. 22 Pf., 10 Pfd. 21.0 Mt.
- Kernseife blaue 1/2 Pfd. 11 Pf., gelbe 1/2 Pfd. 20 Pf.
- Seifenpulver, bestes, 1 Paket 14 Pf., 3 Pakete 40 Pf., 10 Pakete 1.25 Mt.
- Gutes Seifenpulver 1 Paket 10 Pf.
- Soda 10 Pfd. 40 Pf., Bleichsoda 1 Pat. 10 Pf.
- Panamaespähne 1 Pfd. 50 Pf.
- Bleichwasser 1 Flasche 15 Pf.
- Zengklammern Dutz. 6 Pf., 100 Dutz. 2.90 Mt.

:: J. H. Cassens ::

Bant, Peterstraße 42, und Schaar.

Trauerbriefe etc. fertigt an Paul Hug & Co.

Weizenmehl.

- Goldtrone . . . 1 Pfd. 16 Pf., 10 Pfd. 1.55 Mt. 100 Pfund 15 Mt.
- Goldstaub . . . 1 Pfd. 18 Pf., 10 Pfd. 1.70 Mt. 100 Pfund 16.50 Mt.
- Roßinen 1 Pfd. 55 u. 60 Pf., Korinthen 1 Pfd. 38 Pf.
- Backpulver 1 Paket 5 Pf., Heise 1 Pfd. 45 Pf.
- Zitronen-Essenz 1 Glas 8 Pf., Sulfade Pfd. 60 Pf.
- Zermahlener Kardemom, ganzer.
- Birchhornsalz, Farin, hell und dunkel, Syrup.
- Zitrouen Etüd 5 Pf.

J. H. Cassens

Bant, Peterstraße 42, Schaar.

Wilhelmtheater Seemannshaus.

Direktion: Otto Steinert.

Dienstag den 29. Novbr., abends 8 1/2 Uhr:

Auf mehrfachen Wunsch

Wenn der junge Wein blüht.

Luftspiel in 3 Akten v. Björnson.

Mittwoch den 30. Novbr., abends 8 1/2 Uhr:

Rosenmontag

Eine Offizierstragödie in 5 Akten von E. Hartleben.

Wollen Sie?

eine gut gehende Uhr haben, so lassen Sie dieselbe reparieren bei

G. Märten, Uhrmacher,
Heppens, Güterstraße 11,
gegenüber Sadowassers Troost.

Glaskasten

zum Aufbewahren von Speisen im Wirtschaftsgewerbe zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisangabe unter „Glaskasten“ befördert die Expedition d. Bl.

Billig zu verkaufen eine Konzert-
zither, Nähmaschine und ein
Herren-Fahrrad.
Bant, Wilhelmsh. Str. 20, II. L.

Nusskohlen

Grösse I und II, Anthracitkohlen,
Union-, GR-, W-, Eier-Briketts
Zechenkoks und Torf

— empfehlen —

Krieger & Friedrichs, Bant.
Johann Krieger, Neuende.

Unsere ABC-Schützen

holen für die Mutter beim Kaufmann am liebsten die

Pflanzenbutter-

Margarine, Marke

Cocosa

Sie wissen nämlich, dass man pro Pfund die regelmässig erscheinende Nummer des Unterhaltungsblattes vom kleinen Coco gratis erhält. Cocosa ist ein unvergleichliches Butter-Ersatzmittel für Tafel und Küche.

Bestandteile: Das Fruchtmark der Cocosnuss (Cocosin), Milch und Eigelb.

Überall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:
Jurgens & Prinzen, G. m. b. H.
Goch (Rhd.)

Vertreter: Gebr. Gehrels, Wilhelmshaven.

Trauer-

Kleider u. Kostüme moderne Ausführung
Blusen, Wolle, Seide, Tüll usw., elegante Machart
Röcke, vom einfachsten bis elegantesten
schwarze Paletots, neueste Fassons.

Änderungen innerhalb 4-5 Stk. Tadellos Sitz garantiert.

Bartsch & von der Brelie.

„100 Liter“
Milchkaufschafft

sofort billig zu verkaufen. Offerten unter „Mia“ an die Exp. d. Bl.

Ankauf

von altem Eisen, Kupfer, Messing, Zinn, Zinn, Stantol, Blei, sowie Lumpen, Gummischläfen und Champagnerflaschen. **Zahl dafür stets die höchsten Preise.** Auf Wunsch hole es aus dem Hause ab.

S. Reiser,
Heppens, Lonnbeich 4.
Telephon 672.

Die Meldestelle

für verkaufte Kinder befindet sich bei

Fran Schünbeck, Bant.
Restaurant Peterhof, Peterstr.

Einsparwesen.

Sozialdem. Wahlverein

Mittwoch den 30. Novbr., abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Gastwirts Joh. Roth, Einsparwesen.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Frauen-Agitation.
3. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden gebeten, ihre Frauen mitzubringen.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Banter Volkstüch.

Wellenstraße.
Dienstag: Grünholz mit Speck.

Leser- und Diskantierklub der Frauen.

(Nüstingen-Wilhelmshaven.)
Dienstag, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

bei Wiggers („Die Jahreszeiten“). Tagesordnung u. a.:

Vortrag.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.



Kommt am 1. Dezbr.

Zu verkaufen

eine gut erhaltene **Öltafelregister**.
Zu erfragen Bant, Nordstr. 7.

Verloren

eine **Stahlnhr** mit silberner Kette und Medallion in der Schulstraße. Abzugeben gegen Belohnung bei

Vösten, Ulmenstraße 22

Todes-Anzeige.

Am Sonntag nachmittags 2 Uhr verschied nach dauernder Krankheit infolge Lungenentzündung unser liebes Töchterchen

Carola Antonie

im zarten Alter von 1 Jahr 2 Monaten und 29 Tagen.

Dies bringen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt zur Anzeige

Neuende, den 27. Nov. 1910
Carl Erdmann nebst Frau Marie, geb. Willms, und Rind.

Die Beerdigung findet am Mittwoch nachm. 2 1/2 Uhr vom Sterbehause, Neuende, Stopperrhömer Str. 16, aus statt.

Reichstag.

87. Sitzung. Sonnabend, den 26. November, Vormittags 11 Uhr. Im Bundesratssitzungssaal. Der Kaiser und verschiedene Staatssekretäre.

Die Kaiserreden.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Miercks (Soz.): Was denkt der Kaiser zu dem in der Reichstagsrede am 20. September 1908 ausgesprochenen Entschließen, die durchbrochen worden sind durch die in diesem Jahre in Königsberg und in anderen Orten vom Kaiser über seine staatsrechtliche Stellung ausgesprochenen Erklärungen?

Der Reichstagler erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit. Zur Begründung erhebt das Wort Hr. Debes (Soz.): Am November 1908 waren sich sämtliche Parteien in freierberathender Versammlung einig, auch Herr v. Heubner sprach von einer gewissen und notwendigen Erregung nach politischen Hinsichten.

Die Reden Wilhelm II. sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Wir verlangen aber, daß wir dem Kaiser ebenso ungeniert antworten können, wie er sich ausdrückt. Gegenwärtig ist das nicht möglich. Es ist also ein Kampf mit ungleichen Waffen.

Wir verlangen, daß die Kaiserreden, die Wilhelm II. seitdem in der Reichstagsrede gehalten hat, die Interessen des Landes können dadurch gefördert werden und sind bereits gefördert worden. Hiergegen führen die Erklärungen von 1908 Garantie gegeben. Es ist auch anzunehmen, daß in 1 1/2 Jahren nicht geschieden ist, wenigstens nichts, was zur Kenntnis der Reichstagsrede gekommen wäre.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Wir verlangen aber, daß wir dem Kaiser ebenso ungeniert antworten können, wie er sich ausdrückt. Gegenwärtig ist das nicht möglich. Es ist also ein Kampf mit ungleichen Waffen.

Wir verlangen, daß die Kaiserreden, die Wilhelm II. seitdem in der Reichstagsrede gehalten hat, die Interessen des Landes können dadurch gefördert werden und sind bereits gefördert worden. Hiergegen führen die Erklärungen von 1908 Garantie gegeben. Es ist auch anzunehmen, daß in 1 1/2 Jahren nicht geschieden ist, wenigstens nichts, was zur Kenntnis der Reichstagsrede gekommen wäre.

Wenigste Durchbrechung des Reichstags von 1908.

(Schloße Zustimmung b. d. Soz.) Ein fleißiger Mitarbeiter der „Norddeutschen Allgemeinen“ (Heiterkeit) hat die Rede zu veröffentlichen gesucht. Das ist ein sehr lobenswerthes Verhalten. Die Kaiserreden sind ein sehr interessantes Dokument. Sie zeigen uns die Gedanken des Kaisers über die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Staats-, Reichs- und Kaiser II. von Fortmann

Staats-, Reichs- und Kaiser II. von Fortmann. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Die Kulturprobleme unserer Zeit.

Lüge oder Wahrheit?

In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Die Kulturprobleme unserer Zeit.

Die Kulturprobleme unserer Zeit. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Der Kaiserredens der Königsberger ist wohl und der Kaiserredens ist an die Stelle getreten. Die Kaiserreden sind ein sehr interessantes Dokument. Sie zeigen uns die Gedanken des Kaisers über die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Wilhelm II. als General der frühlichen Erneuerung

Wilhelm II. als General der frühlichen Erneuerung. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Republikanismus hat gegen unsere Verfassung

Republikanismus hat gegen unsere Verfassung. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Naturforschung, so ist das keine Ende, und wenn er die Mächte der Welt aufzählt, so ist das keine Ende, und wenn er die Mächte der Welt aufzählt, so ist das keine Ende.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie.

Die Kaiserreden sind das beste Reaktionsmittel für die Sozialdemokratie. In seinem dritten Vortrag des Jahres 1910 erläuterte Herr Fortmann die Bedeutung der Kaiserreden für die staatsrechtliche Stellung des Reiches.

Obwohl er um diese Zeit (1880) das Primarlehrpatent erwirbt und die Lehrtätigkeit in Dietikon ausübt, findet er dennoch Zeit, sich den Parteibestrebungen mit jenem ganzen Eifer zu widmen, der alle seine Taten kennzeichnet. Er leitet als Führer der Genossenschaft des Kantons Olarus die Bewegung für geheime Stimmenabgabe in der Gemeinde, unentgeltliche Beerdigung und Aufhebung des Schulgeldes in der Sekundarschule. Er übernimmt 1890 die Leitung der „Arbeiterstimme“ in Zürich und später die des von ihm begründeten „Volkrechtlers“. Seine hingebungsvolle Arbeit wird durch das Vertrauen seiner Genossen schon gelohnt. Sie erwählen Seidel zum Präsidenten der Arbeiter-Union und des Verbandes der Züricher Arbeitervereine. Das Vordringen der Partei in Zürich bringt ihn in die öffentliche Laufbahn. 1898 wird er Kantonsrat, ein Jahr darauf Mitglied des großen Rates, bald Präsident der sozialdemokratischen Kantonsfraktion und 1907 des Stadtverordnetenkollegiums.

Während all dieser aufreibenden Tätigkeit findet Seidel noch immer Zeit, in zahlreichen Parteiblättern seine Ideen zu veröffentlichen. Schon 1870 vertritt er in der Leipziger „Volkswacht“ die Gleichberechtigung der Frauen und Männer, 1879 den staatlichen Getreidehandel und erscheint 1885 mit seinem bahnbrechenden Buche: „Der Arbeitsunterricht eine

pädagogische und soziale Notwendigkeit“ in der vordersten Reihe der Schulreformer. Dieses Werk, eine grundlegende Arbeit, bringt ihm viele Ehren, darunter die Ehrenmitgliedschaft der Industrial Education Association in Newyork. Bald folgen seine viel gelesenen Arbeiten: „Friedrich der Große und die Volksschule“, „Sozialpädagogische Streiflichter über Frankreich und Deutschland“, „Der Achtstundentag“, „Lebensmittelzölle und Sozialreform“, „Georg Herwegh“, „Schiller und die Volksideale“. Seit 1905 Dozent an der Universität und der Technik und Sekundarlehrer in Zürich, sammelte Seidel einen immer größer werdenden Kreis begeisterter Schüler um sich, die er nicht nur belehrt, sondern auch durch die Schlichtheit seines ungekünstelten Wesens wie durch die Macht seines Wortes erzieht. In allen seinen Arbeiten betont er die sozialen Momente und den gewerkschaftlichen Unterbau. So in „Die Schule der Zukunft eine Arbeitsschule“, in „Soziale Frage, Schule und Lehrerschaft“. Seine Arbeit „Der unbekannteste Sozialist“ zeigt uns den großen Pädagogen als den Vater großer sozialer Gedanken. Heuer sein berühmtes Buch unter dem neuen Titel: „Arbeitschule, Arbeitsprinzip, Arbeitsmethode“ erschienen, da der „Arbeitsunterricht“ seit Jahren nicht mehr zu haben war.

Dass ein Mann wie Seidel, erfüllt von echter Mensch-

und Wahrheitsliebe, seine Gedanken auch in poetischer Form auszudrücken versucht, ist nicht verwunderlich. Er wollte ja seine Mitmenschen erheben, anfeuern, in ihrer Not trösten. Und das ist ihm wohl gelungen. Seine Sammlungen „Aus Kampf und Einsamkeit“ und „Vidiglaube und Zukunftssorgen“ haben in Deutschland und in der Schweiz nicht nur dankbare Leser gefunden, viele der Gedichte wurden auch in sieben lebende Sprachen überetzt. Unjährlieh erweist Seidel die Abnehmer des „Genügsamens“ und des „Wahren Jakob“ durch seine herzerwärmenden Beiträge, die sich stets an das Edle im Menschen wenden.

Veranstaltungen-Kalender.

Würtingen-Wilhelmsbad.
Montag den 28. November.
D. Arb.-Abstinenz-Bund. Abends 8 1/2 Uhr, Vier Jollyszetten.
Dienstag den 29. November.
Verband der Maler. Abends 8 1/2 Uhr bei Hülshaus.
Fr. Guttempl.-Orden (Vogel-Milch). Abds. 8 1/2 Uhr Bremer Schiffsf. Mittwoch den 30. November.
Barel.
Arb.-Vergesverein Formärts. Abends 8 1/2 Uhr im Schützenhof

Bekanntmachung.

Wir suchen zu Ostern 1911 einen **Schreiberslehrling**. Gesuche und Zeugnisse werden bis zum 10. Dezember 1910 erbeten.

Herrens, 24. November 1910.
Der Stadtmagistrat.
Dr. Lucien.

Zu vermieten

Bant, Peterstr. 40, zum 1. Januar abgeh. Manjarden-Wohnung an ruhige Bewohner, monatlich 15 M.

Abgegl. zweir. Wohnung zu vermieten.
Bremer Straße 75.

Nordenham.

Zu vermieten auf sofort oder später eine vierzimmige erste Etagen-Wohnung mit sämtl. Zubehö. Rabelstraße 7.
Vermieter: **Fritz Hüfken, Alens.**

Mehrere Verkäuferinnen

per sofort oder Anfang Dezbr. gesucht. **Gebr. Fränkel.**
Marktstr. 30 - Götterstr. 16.

Gesucht auf sofort

oder 1. Dez. Mädchen für Vormittags. **Frau Schotte, Grenzstr. 15.**

Arbeiter für die Dokumbanten gesucht.
Zu melden bei **Ludw. Lange, Deldstr.**

Uhren

Gold- und Silberwaren sowie Schmucksachen etc. in grösster Auswahl empfiehlt reell und billig.

Reparaturen

werden fachgemäss u. preiswert ausgeführt.

Alfred Zirbeck

Uhren und Goldwaren
Heppens :: Müllerstr. 34.

Salzgarben

Stück 5 Pf., Dose (ca. 70 Stück) 2 M. 80 Pf.

Essiggarben

Senfgarben

Aziagarben

empfiehlt

J. H. Cassens

Bant, Peterstraße 42, und Schaner

Unsere Weihnachts-Prämien!

:- Schillers Werke :-

10 Bände in 3 eleg. Leinen-Bänden.
Mit einer biographischen Einleitung von Franz Mehring.
Herausgegeben vom Vorwärts-Verlag (Berlin).
Preis 3.50 Mark.
Postfrei inkl. Verpackung M. 0.50 extra.

Fritz Reuters Werke

Neue reich illustrierte Jubiläums-Ausgabe in zwei hochleg. Prachtbänden, Lexikon-Format.
Herausgegeben von dem bekannten Reuter-Regiziator August Junfermann mit Illustrationen nach Originalen berühmter Meister. Preis 3 M. für beide Bände.

Bestellungen gegen Vorauszahlungen erbiten wir umgehend. — Muster-Exemplare liegen bei uns zur Einsicht aus.

Expedition des Norddeutschen Volksblattes.

Paul Hug & Co.

WO PUMONNY.

Ein interessantes Wachstum!



1903 - 4 - 5 - 6 - 7 - 8 - 1909

Dieses Bild zeigt — in genauen Maßen — die enorme Umlauf-Steigerung von PALMIN (Pflanzenfett) und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) in Deutschland innerhalb der letzten 7 Jahre. — Ein stärkerer Beweis für das Bedürfnis nach PALMIN und PALMONA und für die Beliebtheit unserer Produkte ist kaum denkbar.
H. SCHLINCK & CIE., F.-G.

Christzeug, braunes,

Stund . . . 55 Pf.
J. H. Cassens,
Bant, Peterstraße 42 u. Schaar.



Bestellungen auf Lose zu der im Januar beginnenden **224. Kgl. Pr. Klassen-Lotterie** nehme ich entgegen. Ganze Lose 40 M., halbe 20 M., viertel 10 M., achte 5 M. pro Klasse. Neuer Plan unentgeltlich.

Schwitters, Kgl. Lot.-Einnahmer
Bant, Wilhelmsh. Straße 1 vis-à-vis „Adler“.

Kaufe gebrauchte

Möbelsüße, sowie Wirtschaft- und Laden-Einrichtungen gegen sofortige Kasse.

Wilh. Jansson, Bant, Peterstr. 4.

Für die jetzige Bilanzzeit

— empfehle: —
Obst, Bier und Alles

Bäume,

Stein- und Kernobst, Spalier- u. Buchsbaum, Beeren-, Bier- und Nusssträucher, Rosen.

C. Carstens, Darel, Büpeler Weg.

Preußens-Gloria

March von Biele auf **Zonophon-Platte** haben erschienen. — Vorrätig bei **E. A. Fischer,** Bismarckstraße 91. Fernspr. 734.

Auf Kredit!

Herren-, Damen- und Kinder-Garderoben Palzkragen, hochmodern

Auswahl kolossal! Billigste Preise!! Niedrigste Anzahlung! Wöchentlich Abzahlung 1 M.

W. Nissenfeld
Gründungs-Verein für den Handel mit Waren
Bant, Wilhelmshafen
Wilhelmshaven Str. 27.

Alles auf Kredit!

Möbel und Polsterwaren Gardinen, Teppiche.

Alte Kunden ohne Anzahlung beliebige Abzahlung.

39. Ehepaar sucht auf sofort eine dreiz. Wohnung. Offerten u. „Wohnung“ an die Expedition d. Bl.

Gesucht e. 3-4räum. Wohnung in Bant zum 1. Dezember. Offerten unter **H. S. 4711** an die Exped. d. Bl.